

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Infrastruktur und Landwirtschaft

zu dem

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Keine Agro-Gentechnik in Brandenburg

- Drucksache 5/2672, Neudruck -

Berichterstellerin:

Abgeordnete Kornelia Wehlan (DIE LINKE)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den oben genannten Antrag in der Fassung des Beschlusses des Ausschusses für Infrastruktur und Landwirtschaft annehmen.

Datum des Eingangs: 23.09.2011 / Ausgegeben: 23.09.2011

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. die Erforschung von Chancen und Risiken der modernen Gentechnik und ihrer Auswirkungen weiter zu unterstützen. Dazu können auch experimentelle Freisetzungen in natürlichen Umgebungen erforderlich sein. Die rechtlichen Rahmenbedingungen müssen beachtet und Rechte Dritter dürfen nicht beeinträchtigt werden.
2. sich für die Einführung einer Prozesskennzeichnung von landwirtschaftlichen Produkten einzusetzen, die Transparenz über das Vorhandensein gentechnisch veränderter Organismen im Erzeugungsprozess schafft. Nur so kann Verbrauchern und Landwirten eine tatsächliche Wahlfreiheit ermöglicht werden.
3. darzulegen, wie ein Verzicht auf Futtermittelimporte und somit die Selbstversorgung durch einheimisch erzeugte (GVO-freie) eiweißhaltige Futtermittel befördert werden kann. Die Umsetzung der Biomassestrategie und eventuelle Flächenkonkurrenzen sind dabei zu berücksichtigen.
4. sich dafür einzusetzen die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Lösung des Haftungsproblems von gentechnisch veränderten Pflanzen im Ackerbau nicht auf dem Rücken der Landwirte ausgetragen wird und dass die Haftungsrisiken für mögliche Folgen aus der Anwendung von GMO-Saatgut auf den Lizenzinhaber übergehen.
5. sich für eine Neugestaltung des Gentechnikrechts auf Bundesebene einzusetzen, um gentechnikfreien Regionen mehr Rechtssicherheit zu geben.
6. die gentechnikfreien Regionen organisatorisch zu unterstützen und die Möglichkeit der finanziellen Förderung zu prüfen. Gentechnikfreie Regionen im Bereich der Großschutzgebiete sollen durch Beratung und Unterstützung seitens der Großschutzgebietsverwaltungen besonders gefördert werden.
7. bei der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung landeseigener Flächen auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verzichten. Dazu soll bei der Verpachtung von Landesflächen im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ausgeschlossen werden. Das Einbringen landeseigener land- und forstwirtschaftlicher Flächen in Gentechnikfreie Regionen ist anzustreben.
8. die von der Bundesregierung angekündigte Ermächtigungsnorm für landesspezifische Abweichungen von Abstandsregelungen in Brandenburg so umzusetzen, dass den Interessen gentechnikfrei produzierender Betriebe so umfassend wie möglich Vorrang eingeräumt wird.

Dem Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft soll im III. Quartal 2012 Bericht über den Stand der Erarbeitung erstattet werden.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag überwies den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Keine Agro-Gentechnik in Brandenburg“ - Drucksache 5/2672, Neudruck - in seiner 29. Sitzung am 20. Januar 2011 an den Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft hat sich in seiner 20. Sitzung am 17. März 2011, in seiner 23. Sitzung am 12. Mai 2011 (öffentliche Anhörung) sowie abschließend in seiner 27. Sitzung am 22. September 2011 mit dem Antrag befasst.

B. Beratung

Dem Ausschuss lagen zur Beratung je ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und DIE LINKE sowie der FDP vor.

Einheitlich wurde in den Änderungsanträgen die Unterstützung der Erforschung der Chancen und Risiken der modernen Gentechnik durch die Landesregierung sowie deren Einsetzung im Bund für die Einführung einer Prozesskennzeichnung landwirtschaftlicher Produkte gefordert.

Daneben gab es in den Änderungsanträgen der Fraktionen der CDU und der SPD/DIE LINKEN noch ein Reihe von Schnittmengen wie zum Beispiel die Förderung einheimischer eiweißfreier Futtermittel, die Unterstützung gentechnikfreier Zonen oder der Verzicht des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen auf landeseigenen Flächen.

Damit wurden Befürchtungen von Wissenschaftlern, Verbrauchern und Landwirten aufgenommen, dass die Nutzung von gentechnisch verändertem Saatgut, gentechnisch veränderten Pflanzen und gentechnisch veränderten Futtermitteln Risiken bergen.

Dagegen wurde das Begehren in den Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD und DIE LINKEN sowie der FDP nach Verlagerung des Haftungsrisikos auf die Lizenzinhaber von der Fraktion der CDU heftig abgelehnt.

Während die Fraktion der FDP die Möglichkeit, freiwillig gentechnisch veränderte Organismen einzusetzen, prinzipiell eindeutig bejaht, warb die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nochmals nachdrücklich für ihren Antrag „Keine Agro-Gentechnik in Brandenburg“. Zwar gäbe es einige Bewegungen in die richtige Richtung, aber das von ihnen angestrebte Ziel, in ganz Brandenburg auf Gentechnik zu verzichten, wird mit den vorliegenden Änderungsanträgen nicht erreicht.

Im Folgenden wurden die Änderungsanträge der Fraktion der CDU sowie der Fraktion der FDP mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und DIE LINKE wurde mehrheitlich angenommen.

Insoweit wird dem Landtag die Annahme des überwiesenen Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der vom Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft beschlossenen Fassung empfohlen.

Kornelia Wehlan
Berichterstatterin und Vorsitzende
des Ausschusses für Infrastruktur und Landwirtschaft